

chend um weitere Korrekturhinweise gebeten.

Beigegeben sind acht Register, vom Abkürzungsverzeichnis über mehrere Autorenregister und Verzeichnisse von Orten, Ländern und Personen bis zu einem Register der Pseudonyme. Etwas umständlich ist, dass unter „Angaben zu den Autoren“ nur die Autoren-Kürzel, die bei den Einträgen stehen, aufgeschlüsselt werden, während die Beiträge dieser Autoren zum Lexikon (Seitenangaben) im „Autorenregister“ folgen. Für die Herausgeber und Mitarbeiter der Ausgabe gibt es dann die „Angaben zu den Herausgebern und Mitarbeitern“. Insgesamt dürfte mit diesem biografischen Lexikon ein nützlicher Wissensspeicher zu den Agierenden eines Stücks deutscher Geschichte vom vorigen Jahrhundert bis zur aktuellen Gegenwart vorliegen.

Werner Rossade

Politikfelder und Politikimplementierungen

Schieren, Stefan (Hrsg.). *Kommunalpolitik. Probleme und Potenziale der „Wiege der Demokratie“*. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag 2010. 159 Seiten. 9,80 €.

Mangelnde Finanzausstattung bei gleichzeitiger verstärkter Bürgerbeteiligung, zunehmende Privatisierung und die enge Verflechtung sowohl im staatlichen Leistungsverband als auch im europäischen Mehrebenensystem – die deutschen Kommunen stehen gegenwärtig vor großen Herausforderungen. So übernehmen Kommunen nicht nur wichtige Funktionen in der Daseins-

vorsorge, sondern gelten auch als die Orte, wo sich Bürger und Politik am nächsten stehen, weswegen die Kommunen auch als „Schule der Demokratie“ betrachtet werden. Dem gegenüber steht jedoch, wie der Herausgeber *Stefan Schieren* des in der Reihe „uni studien politik“ erschienenen Sammelbandes „Kommunalpolitik. Probleme und Potenziale der „Wiege der Demokratie““ in seiner Einleitung schreibt, das überwiegende politische Desinteresse, das die Bürger ihren Kommunen entgegenbringen. Der als Einführung konzipierte Sammelband widmet sich empirischen Befunden, die die Probleme und Potenziale der Kommunen thematisieren und stellt Rolle und Aufgaben von Organisationen vor, die im politischen Mehrebenensystem dafür sorgen, dass die Interessen der Kommunen nicht ungehört bleiben.

Zunächst behandeln *Max-Emanuel Geis* und *Sebastian Madeja* einführend die verfassungsrechtlichen Grundlagen der kommunalen Selbstverwaltung und gehen dabei auf Hoheitsrechte und Aufgabenarten der Kommunen sowohl bei der Selbstverwaltung wie auch bei der staatlichen Verwaltung ein. Die darauf folgenden drei Beiträge fokussieren einerseits auf die durch die fiskalische Krise der Kommunen ausgelösten Probleme im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung und stellen andererseits dar, wie die Einführung partizipationsorientierter Elemente die kommunale Demokratie beeinflusst. Ausgehend von der These der Entdemokratisierung der kommunalen Demokratie, die er in den Kontext einer umfassenden Gesellschaftsdiagnose stellt, beschreibt *Daniel Hildebrandt* die krisenhaften Auswirkungen von kommunaler Privatisierungspolitik am Beispiel eines Hamburger Kranken-

hauses. Dabei weist er auf Strukturkonflikte zwischen neu eingeführten direktdemokratischen Partizipationsmöglichkeiten der Bürger und dem repräsentativ-demokratischen „kommunalen Parlamentarismus“ hin, die dazu führen können, dass Entscheidungen nicht auf politischem Weg, sondern vermehrt von Gerichten getroffen werden. Während seine Ausführungen grundsätzlich wichtige demokratietheoretische Aspekte betreffen, fällt es schwer, diese aus dem einerseits viel zu detaillierten, andererseits zu weit-schweifigen Beitrag zu destillieren.

Sabine Kuhlmann schätzt in ihrem gut strukturierten und informativen Beitrag Umsetzung und Auswirkungen der während der 90er Jahre durchgeführten Reformen lokaler Politik – die Einführung direktdemokratischer politischer Teilhaberechte und die Ausweitung von Mitwirkungsmöglichkeiten innerhalb des repräsentativ-demokratischen Modells – in den deutschen Bundesländern ein. Ihr Fazit: Während die Einführung der direktdemokratischen Beteiligungsformen die Entwicklung eines eher verhandlungs-demokratischen Typus lokaler Politik begünstigten, ist die Anwendungspraxis bisher gering und auch die von der kooperativen Demokratie erwarteten Effekte der verstärkten Bürgerbeteiligung bei Politikformulierung und -implementation konnten bisher nicht realisiert werden. Auch vor diesem Hintergrund fordert *Lars Holtkamp* in seinem lebenswerten Beitrag eine Abkehr von „partizipative(n) Utopien“ (81) auf der lokalen Ebene; wo die Realität durch Sparzwänge, Wirtschaftskrise und überschuldete Gemeinden geprägt sei, wäre Bürgerbeteiligung nur als symbolische Politik möglich. *Holtkamp* stellt beispielhaft anhand von

Städten in Nordrhein-Westfalen dar, wie substantiell finanzielle Notlagen der Kommunen auf die städtische Selbstverwaltung einwirken.

Nach diesen stärker wissenschaftlich orientierten Beiträgen, thematisieren die „Praktiker“ *Hans-Günter Hennecke*, geschäftsführendes Präsidialmitglied des deutschen Landkreistages, sowie *Tim-Rainer Bornholt* und *Detlef Raphael*, Bundesgeschäftsführer der kommunalpolitischen Vereinigungen von CDU respektive SPD, die Möglichkeiten der Kommunen und kommunalen Amtsträger, ihre Interessen in Gesetzgebungsprozesse auf höheren politischen Ebenen einzubringen. *Hans-Günther Hennecke* konzentriert sich auf die Rolle der kommunalen Spitzenverbände, die in Verfassungs- und Gesetzgebungsprozessen auf Landes- und Bundesebene nur eingeschränkte Mitwirkungsmöglichkeiten haben, und beklagt die „reine [...] Routinebeteiligung, bis hin zu offenkundigen Fällen bewusster Nichtbeteiligung“ (112) der kommunalen Spitzenverbände. *Tim-Rainer Bornholt* und *Detlef Raphael* beschreiben im letzten Beitrag die Organisationsstruktur, Aufgaben, relevante Politikfelder und programmatischen Leitlinien der Kommunalpolitischen Vereinigung der Union respektive der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik.

Insgesamt gewährt „Kommunalpolitik. Probleme und Potenziale der ‚Wiege der Demokratie‘“ einen ersten Einblick in die gravierenden fiskalischen Probleme deutscher Kommunen und eine differenzierte Betrachtung der Auswirkungen derselben auf die Selbstverwaltung und kommunale Demokratie. Die Potenziale der kommunalen Politik, die der Herausgeber vor allem in

der direkten Mitwirkung der Bürger sieht, werden hingegen nur in *Kuhlmanns* Beitrag näher betrachtet. Das ist insgesamt auch ein Manko des Bandes, dem ein innerer Zusammenhang, der die einzelnen Beiträge miteinander verbindet, fehlt. Zwar wird in der Einleitung versucht, über den Spannungsbogen „Probleme und Potenziale“ einen roten Faden zwischen den Texten herzustellen, die Einzelbeiträge bleiben dafür jedoch zu disparat. Beispielsweise ergänzen sich die eher verwaltungsjuristischen Sichtweise und die politikwissenschaftlichen Herangehensweisen im Hinblick auf die politikwissenschaftlich angelegte Fragestellung nach Problemen und Potenzialen der kommunalen Politik nicht schlüssig. Wenn im ersten verwaltungswissenschaftlich orientierten Beitrag die Rede davon ist, dass die kommunale Ebene keine Ebene eigener Staatlichkeit ist, im zweiten Beitrag dann von kommunalem Parlamentarismus gesprochen wird, ist dies für Studierende im Zweifelsfall verwirrend. Hier fehlt dann leider ein Anschluss an die unterschiedlichen Sichtweisen auf die Frage, ob es auf lokaler Ebene eher um Kommunalpolitik oder um Kommunalverwaltung geht. An einigen Stellen erscheinen einzelne Beiträge für eine Einführung auch zu dettaiilliert. Hier fällt besonders der durch den stark verwaltungswissenschaftlichen geprägten Duktus schwer zu durchdringende Beitrag von *Hennecke* auf, bei dem sich nicht plausibel erschließt, wie er zum grundlegenden Verständnis von Problemen und Potenzialen der kommunalen Demokratie beiträgt. Ähnlich verhält es sich mit dem Beitrag von *Bornholt* und *Raphael*, der für sich genommen zwar informativ ist, aber der übergeordneten Fragestellung kaum Rechnung trägt. Für

eine Einführung in die Thematik Kommunalpolitik ist der schmale Sammelband aus diesen Gründen nur bedingt zu empfehlen.

Rebecca Plassa

Internationale Politik

Barak, Oren. *The Lebanese Army – A National Institution in a Divided Society*. State University of New York Press 2009. 272 Seiten. 53,99 €.

Viel versprechender Titel, Forschungslücke, von praktischer Bedeutung, aber auch irgendwie absurd – das sind, schlagwortartig auf den Punkt gebracht, die wesentlichen Eindrücke der Verfasserin zu *Oren Baraks* Buch. Bereits der Titel ist verheißungsvoll, da er die libanesische Armee als nationale Institution bezeichnet. Für Libanonkenner ist einerseits etwas dran an dieser These, weil die Armee nach dem Bürgerkrieg (1975-1990) neu strukturiert worden ist, um ihre Funktionsfähigkeit als nationale Institution zu gewährleisten. Doch erscheint die These insofern „absurd“, als es im Libanon nicht mal einen am Gemeinwohl orientierten Staat, geschweige denn eine Nation wirklich gibt. Der Libanon ist bis heute eine tief gespaltene Gesellschaft – eine politische, regionale wirtschaftliche, klientelistische und auch konfessionelle Spaltung, die durch quotiert besetzte „nationale“ Gremien nach Meinung der Verfasserin weiter gefördert wird. Dies gilt insbesondere auch für die Armee, die in den unteren Rängen nur für muslimische Libanesen aus ärmeren Schichten attraktiv ist, während die Armeeleitung seit Jahrzehnten